

10/9. 1914.

Verhandlungen wegen Aufhebung der Lebensmittelzölle in Oesterreich-Ungarn und einiger Ausfuhrverbote in Deutschland.

Es war eine imposante Kundgebung, die vor einiger Zeit in der Börse für landwirtschaftliche Produkte stattfand. Die berufenen Vertreter aller produzierenden Stände hatten sich dort versammelt, um zur Frage der Aufhebung der Getreidezölle Stellung zu nehmen. Deutschland ist bekanntlich bald nach Beginn des Krieges zu dieser Maßregel geschritten. Es hat nicht nur die Getreidezölle, sondern die Lebensmittelzölle überhaupt aufgehoben. Auch Vieh, Fleisch, Fische, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und andre Lebensmittel können jetzt zollfrei die Grenzen Deutschlands passieren. In der Wiener Versammlung hat man die Beseitigung der Getreide- und Futtermittelzölle verlangt, und zwar unter ausdrücklicher Zustimmung des Vertreters der landwirtschaftlichen Zentralstelle, was gewiß mit allgemeiner Befriedigung begrüßt wurde.

Die Resolution, die die Versammlung einstimmig faßte, ist der Regierung unterbreitet worden mit dem Ersuchen, die fragliche Verfügung zu treffen. Wie wir erfahren, wäre die österreichische Regierung geneigt, dem Verlangen im großen und ganzen zu entsprechen. Eine derartige Verfügung ist jedoch, wie wir bereits dargelegt, wegen der Einheit des Wirtschaftsgebietes an die Zustimmung der ungarischen Regierung gebunden. Man hat sich also von Wien nach Budapest wegen dieser Zustimmung gewendet, sie jedoch bisher nicht erhalten. Offenbar tritt da der mächtige Einfluß der ungarischen Agrarier hindernd in den Weg. Und doch handelt es sich dabei um eine Maßregel, die im Interesse der ganzen konsumierenden Bevölkerung in beiden Staaten der Monarchie gelegen ist.

Wie unzutreffend auch in diesen außerordentlichen Zeiten stellenweise die Auffassung ungarischer Agrarier in derartigen Fragen ist, dafür mag die folgende, uns als verbürgt bezeichnete Tatsache dienen: Bei den Kämpfen mit und in Serbien ist auch eine Herde Ochsen gefangen und als Kriegsbeute über die Grenze getrieben worden. Darob nun ernstliche Beschwerde seitens der ungarischen Agrarpartei, daß entgegen den Vereinbarungen, denen gemäß Lebendvieh die Grenzen nicht passieren darf, die Ochsenherde trotzdem ungeschlachtet ins Vertragzollgebiet gelangt! Man sieht, es gibt auch heitere Momente in dieser tiefsten Zeit.

Unter solchen Verhältnissen mag es nicht wunder nehmen, wenn die Verhandlungen mit Ungarn wegen Aufhebung der Getreidezölle nicht recht vom Flecke kommen. Parallel damit laufen auch noch andre Verhandlungen zwischen Wien und Budapest. Es handelt sich dabei, wie wir ebenfalls ausführlich mitgeteilt, um die Aufhebung oder wenigstens Milderung gewisser Ausfuhrverbote Deutschlands, solcher Verbote nämlich, die sich auf Rohstoffe beziehen, deren unsre Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe bedarf. Auch diese Verhandlungen mit Deutschland kommen nicht recht vorwärts, weil Ungarn hinsichtlich gewisser Kompensationen, die Deutschland als Gegenleistung für die Aufhebung des Ausfuhrverbotes verlangt, einen in der Situation und mit Rücksicht auf das gemeinsame Wirtschaftsgebiet zwischen den beiden Staaten der Monarchie nicht gerechtfertigten einstimmigen Standpunkt einnimmt.

Man hat an hiesiger zuständiger Stelle die Hoffnung nicht aufgegeben, im Wege fortgesetzter Verhandlungen mit Ungarn die Hindernisse, die der Aufhebung der Getreidezölle in der Monarchie und den Vereinbarungen mit Deutschland hinsichtlich der Ausfuhrverbote entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Die bisherigen Verhandlungen bedeuten gewissermaßen Vorstadien. Wir sind jedoch überzeugt, daß die angestrebte Verständigung erreicht werden wird, wenn der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, dessen großzügige Auffassung und Führung derartiger Fragen noch jedesmal gewürdigt werden konnte, durch ein entscheidendes Votum die angemessenste Lösung herbeiführen wird.